

BlackLivesMatter

Inside

ver.di

Dortmunder Vertrauensleuteforum
Juni 2020 19. Jahrgang
Nr. 2

„Corona“ – die zukünftige Dauerentschuldigung der Arbeitgeber?

Nix – wir alle sind und bleiben „systemrelevant“

Dieses Virus hat uns auf unterschiedliche Weise fast alle berührt, direkt oder indirekt. Thema war „Corona“ auch unter uns immer wieder, irgendwie. So unterschiedlich auch jeder Einzelne über die Situation denken mag: Gezeigt hat uns die Pandemie, wie wichtig das Miteinander ist, wie wichtig bestimmte Berufsgruppen auf einmal wurden. Eine nachhaltige Sichtweise? Wir sorgen dafür.

Wirtschaftlich dürften sich die Verluste für die meisten Kolleg*innen der Stadtverwaltung Dortmund – soweit der familiäre Hauptverdienst bei der Stadt liegt – in Grenzen gehalten haben. Hier hat sich unser Arbeitgeber fair verhalten und weitestgehend auf die Anordnung von Kurzarbeit verzichtet. Dafür sind wir dankbar und das darf an dieser Stelle auch

ruhig einmal erwähnt werden. Was aber die Zukunft für uns bereithält, steht aufgrund der prekären finanziellen Lage der Stadt Dortmund, und darüber hinaus in Land und Bund, in den Sternen. Gut wird's nur, wenn es uns gelingen wird, mitzugestalten.

Gelernt haben wir in diesen coronalen Zeiten, dass nicht nur Banken, sondern auch wir, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, systemrelevant sind. Plötzlich wurden Menschen offiziell als wichtig benannt, die eigentlich nie eine besondere Wertschätzung erfahren haben. Menschen wie Kassierer*innen, Reinigungskräfte, Beschäftigte der Entsorgungswirtschaft, in den Pflegeberufen oder Jugendämtern – und viele mehr. Das ist toll. Wirklich. Aber ganz ehrlich: Welcher Job ist nicht systemrelevant? Wir alle sind doch Teil eines Ganzen, das genau an seinem Platz

gebraucht wird. Nur erfährt dieser Teil erst seine Wertschätzung, wenn wir in besonderer Weise auf dessen Arbeit angewiesen sind oder wenn es von ihm zu wenig oder überhaupt keinen mehr gibt.

Daher stellt sich nicht von ungefähr die Frage bei unseren aktuellen „Corona-Held*innen“: Wie lange wird deren Wertschätzung wohl anhalten und vor allem: Werden sich die Arbeitgeber bei der nächsten Tarifrunde noch daran erinnern? Oder werden sie nach alter Gewohnheit nur ihre eigene Situation beklagen, weil doch vor allem sie durch Corona so schmerzliche Verluste erlitten haben?

Es steht zu befürchten, dass der durch den Lockdown entstandene wirtschaftliche Schaden jegliche neu ausgerufenen Systemrelevanz relativieren wird. Weiter Seite 3



-reicht uns nicht!

Orbitofrontaler Cortex

oder: Wenn die Vernunft zu Wort kommt

Neulich in einem menschlichen Körper. „Großhirn an alle! Hört mal alle gut zu: Wenn ich weiter meine Leistung bringen soll, dann brauche ich mehr Energie. 20-25 Prozent reichen mir nicht mehr, ich brauche mindestens 80 Prozent. Also schränkt euch mal ein und überlasst mir entsprechend mehr an Sauerstoff und Nährstoffen – ich bin schließlich die Schaltstelle des Körpers und somit systemrelevant!“ „Nun mach aber mal halblang“, meldete sich das Herz, „wenn hier einer systemrelevant ist, dann bin ich das. Ich bin der Motor des Körpers und Sorge dafür, dass der Kreislauf stimmt. Wenn ich dir keinen Sauerstoff übers Blut raufschickte, könntest du einpacken.“ Da schnaubte die Lunge einmal kräftig durch und murrte: „Und was glaubst du wohl, wo du den Sauerstoff herhast? Ich Sorge für den nötigen Sauerstoff. Also, wenn jemand wichtig für den Körper ist, dann ja wohl ich, da kann dein Motor Blut pumpen bis das Hirn schwindelig wird.“ „Leute, jetzt haltet mal den Ball flach“, meldete sich nun die Leber zu Wort. „Ich speichere Energievorräte, entgifte und wandle Nährstoffe für euren Bedarf um, und wenn dieser Torfkopp, in dem wir uns hier zoffen, wieder mal die Kneipe leeresoffen hat, dann baue ich 90 Prozent des Fusels wieder ab. Der hätte doch schon längst das Zeitliche gesegnet, wenn ich ihn nicht ständig retten würde. Das nennt man systemrelevant!“

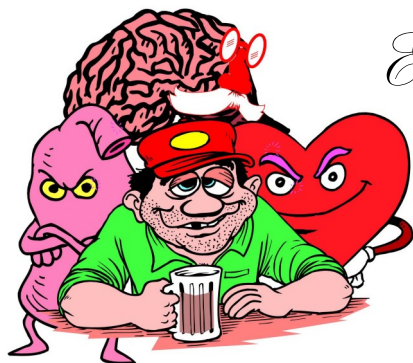
Das Auge wandte ein: „Wenn ich gestern den LKW nicht gesehen hätte, wärt ihr doch alle längst nicht mehr.“ „Ach ja?“ protestierte das Trommelfell. „Wenn ich den LKW nicht vorher gehört hätte, dann hättest du gar nichts gesehen!“ „Und wer ist gesprungen ... wer ist gesprungen?“, zeterten die Beinmuskeln. Es meldete sich noch der Magen, der Darm, die Milz, die Galle, das Blut, die Haut – einfach alle. Und ein jedes Organ hielt sich für das systemrelevanteste und brachte durchaus berechnete Gründe dafür zur Geltung. Darunter auch die Nieren:

„Also wir sind zwar hier nur die Reinigungskräfte, doch wenn wir hier nicht unsere Arbeit machten, dann könntet ihr in eurem Dreck alle einpacken.“

„Äh, hallo Leute“, meldete sich plötzlich der Orbitofrontale Cortex. „Wer bist du denn?“ brummelte das Herz. „Der Orbitofrontale Cortex“, stellte sich der Sprecher vor. „Hab ich ja noch nie gehört, orb ..., orbi ..., äh, Cort ...was?“ „Orbitofrontaler Cortex“, wiederholte der Orbitofrontale Cortex ruhig. „Ich bin ein Teil des Großhirns.“ „Ach was“, meinte das Großhirn perplex, „sowas habe ich?“ „Ja, sowas hast du. Zugegeben, du hast mich noch nie gebraucht, da ich ja nur für so profane Dinge wie das Denken und die Vernunft zuständig bin. Aber genau deswegen kann ich nicht mehr mit anhören, wie ihr Zeit und Kraft verschwendet auf eure kurzsichtige Selbstbetrachtung zur Systemrelevanz. Eine unnütze Diskussion. Natürlich seid ihr **alle** systemrelevant. Keiner von euch ist überflüssig und jeder ist mit seiner Aufgabe lebenswichtig für diesen Körper. Und deshalb muss auch jeder ausreichend versorgt werden – adäquat zu seiner Arbeit.“

„Seht ihr“, polterte das Großhirn los, „sag ich doch, 80 Prozent für mich! Das habe ich mir verdient!“ „Oh Gott, Großhirn“, meinte der Orbitofrontale Cortex kopfschüttelnd, „mache deinem Namen Ehre und nutze mich, das heißt: Denk nach! Denn wenn du den anderen ihre Lebensgrundlage nimmst, dann ist auch für uns hier oben Feierabend. Stell dir doch einfach mal ein Uhrwerk vor: Hier greift ein Zahnrad in das andere. Entfernst du auch nur eines, und sei es auch noch so klein und unscheinbar, bleibt die Uhr einfach stehen. Das heißt jedes Rad und Rädchen hat seine Funktion, ohne das das Gesamtgetriebe nicht laufen würde. Deshalb können wir unsere gemeinsamen Ziele nur erreichen, wenn wir jeden von uns in seinem Tun achten und solidarisch zusammenstehen!“ Beschämt brummelte das Großhirn Unverständliches vor sich hin, maulte ein wenig – und gab dann einsichtig nach.

„Und jetzt“, forderte der Orbitofrontale Cortex bestimmt, „quatscht kein dummes Zeug mehr und macht euch wieder an die Arbeit. Ihr werdet dringend gebraucht, denn unser Torfkopp sitzt wieder am Tresen und säuft die Kneipe leer.“



Euer Insider

Bitte notieren!

**VL-Vollversammlungen
2020**

**Achtung: Termine können
aufgrund weiterer
negativer Pandemie-
Entwicklungen
ausfallen!**

12. August
23. September
28. Oktober
25. November

**14:30 Uhr
im Café Fritze
(Fritz-Henßler-Haus)
Änderungen vorbehalten!**

**Bitte beachten!
Redaktionsschluss
dieser Ausgabe:
18. Juni 2020**

Entwicklungen nach diesem
Termin konnten in unseren Artikeln
keine Berücksichtigung finden!

ViSdP.:
Martin Steinmetz, ver.di Westfalen,
Königswall 36, 44137 Dortmund

Redaktion:
ver.di-Vertrauensleute
Stadtverwaltung Dortmund

Druck:
Eigendruck

Kontakt: martin.steinmetz@verdi.de
Internet: www.westfalen.verdi.de

„Corona“ dürfte das neue Totschlagargument der konservativen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden, das dann jedwede Entwertung der wichtigen Aufgaben in Form von Kurzarbeit, Niedriglöhnen oder Entlassungen entschuldigen soll. Dann wird sich zeigen, wer wirklich von den Rücklagen der einst schwarzen Null profitieren wird: Lufthansa, VW und Adidas oder die Kassiererin an der Supermarktkasse.

Auch wenn wir und unsere Mitglieder schon den einen oder anderen schwer verdaulichen tarifvertraglichen Kompromiss geschluckt haben: Dieses für unsere demokratische Gesellschaft wichtige solidarische Handeln wird in solchen Krisen auf eine harte Probe gestellt. Allein durch das erfolgreich, im wahrsten Sinne des Wortes asoziale Verhalten der Gro-

ßen: Da wird einerseits Kurzarbeit beantragt oder es werden eigenmächtig Mieten für Immobilien gekürzt und Milliarden an Staatshilfen gefordert – um andererseits Dividenden an Aktionäre auszuschütten! Geht's noch? Verantwortung für das Allgemeinwohl sieht anders aus.

Somit liegt es an uns, deutlich zu machen, dass aus der bisher politisch propagierten freiwilligen Selbstverpflichtung eine rechtlich verbindliche Verpflichtung wird. Nur dann und mit den dazugehörigen wirksamen Kontrollen sind wir auch in der Lage, das Geld für das Wohl aller zu retten, bevor es unerreichbar in Panama oder auf den Cayman Islands landet. Wir alle sind wichtig. Jeder einzelne von uns. Und

daher ist ein gerechter und solidarischer Umgang mit dem vorhandenen Geld Basis für den Erhalt und den Ausbau unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates – in Deutschland und Europa.

Für uns alle gemeinsam hoffen wir, dass wir glimpflich diese außergewöhnliche Zeit überstehen werden. Für uns als Gewerkschafter gilt mehr als jemals zuvor: zusammenhalten und die Nach-Corona-Zeit gestalten.

Wir wünschen euch und euren Lieben alles Gute!



Foto links: ver.di-Westfalen Foto rechts: ver.di-Bund

Erreichbarkeit von ver.di-Westfalen:

Auf Grund der Pandemie-Entwicklungen war unsere ver.di-Geschäftsstelle geschlossen. Seit Dienstag nach Pfingsten sind wir wieder persönlich für euch da. Kleine Einschränkungen gibt es aber immer noch: Wenn ihr ins Haus möchtet, müsst ihr zunächst klingeln. Zudem steht uns nur ein Sitzungsraum für bis zu maximal zehn Personen zur Verfügung. Noch ist nicht absehbar, wie lange wir so noch arbeiten müssen, aber wir machen einfach das Beste daraus – für euch und für uns. Und per Mail bz.westfalen@verdi.de sind wir sowieso immer für euch erreichbar. Gute Freunde sind eben in der Not für einen da!

Wir wünschen alles Gute, passt auf euch auf!

Die Gewerkschaft

ver.di Bezirk Westfalen

in Castrop-Rauxel, Dortmund, Hamm, Kreis Unna, Kreis Soest und dem Hochsauerlandkreis

#BlackLivesMatter

Seite 3

ver.di

Foto: ver.di-Westfalen

Die dunkle Quittung der Privatisierung

Wirtschaft, Wirtschaft über alles – die vermeintliche Lösung, um das „Schwarze-Null“-Ziel zu erreichen. Leider passiert dies bislang mit dem Tunnelblick – die weitreichenden Konsequenzen wurden und werden ausgeblendet. Welche das sind, zeigte sich auch schon vor Corona. Durch die Pandemie allerdings, wie dramatisch sie sein können.

Vor Corona war das Ziel von Bund, Länder und Kommunen, für ausgeglichene Haushalte und ein Ende weiterer Kreditaufnahmen zu sorgen. Da es für die meisten Politiker* nicht in Frage kam, unbequeme Wege zu gehen, um über ein größeres Finanzvolumen zu verfügen – wie zum Beispiel Superreiche höher zu besteuern – blieb den Kommunen nichts Anderes übrig, als die Ausgaben zu reduzieren, um der „schwarzen Null“ Rechnung zu tragen. Dies hatte zur Folge, dass beim Personal gespart wurde, dass wichtige Teile der sozialen Infrastruktur wegfielen oder dass die öffentliche Hand Betriebe privatisierte, um an Einnahmen zu gelangen.

Die negativen Konsequenzen dieses Sparzwanges waren und sind nicht nur durch den erhöhten Arbeitsdruck in unseren Arbeitsbereichen zu spüren, sondern haben auch direkten Einfluss auf die Lebensverhältnisse der Bürger*innen: Die langen Schlangen – zum Teil bis hinaus auf die Straße – bei den Bürgerdiensten, die katastrophalen Überlastungen in weiten Teilen des Sozialbereichs oder der Zustand vieler maroder, im städtischen Eigentum befindlicher Gebäude sind nur einige wenige Beispiele

für einen vollkommen falschen Weg. Ein weiterer warnender Beleg findet sich auch in der aktuellen Corona-Krise:

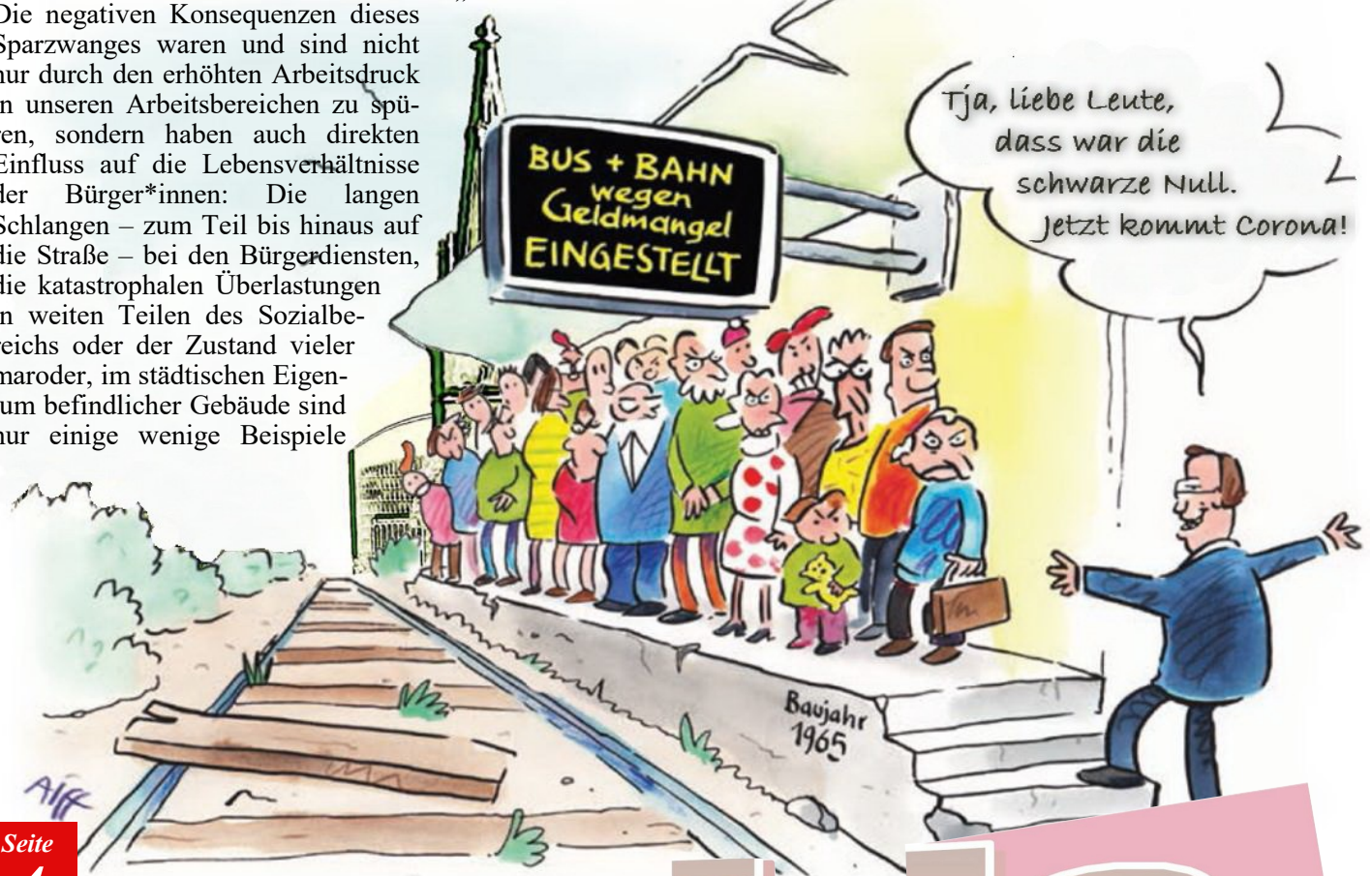
Das über Jahrzehnte zusammengesparte und auf profitorientierte Prinzipien getrimmte Gesundheitssystem hat große Probleme mit dem enorm angestiegenen Patientenaufkommen fertig zu werden. Die Pfleger*innen und Ärzt*innen, die schon vor der Pandemie an ihrer absoluten Belastungsgrenze standen, sehen sich mit einem Arbeitsaufkommen und einer persönlichen Gefährdung konfrontiert, die über der Grenze des Zumutbaren liegen. Die prekäre Lage wird noch dadurch verschärft, dass durch die Sparzwänge der Vergangenheit und dem aktuellen Marktversagen nicht genügend Schutzausrüstung vorhanden ist, um die Kolleg*innen zu schützen.

Wirtschaftsnahe Denkfabriken wie die Bertelsmann-Stiftung sind die Akteure, die in den letzten Jahren unter dem Deckmantel sozialwissenschaftlicher Zielsetzung eine Ineffizienz öffentlicher Verwaltung und staatlicher Unternehmen beklagten und deshalb Privatisierungen forderten, um günstiger und „schlanker“ zu sein. Dass aber der

Leitspruch „Privat vor Staat“ einzig privaten Profitinteressen dient, zeigen unzählige Beispiele. Exemplarisch erwähnt sei hier die Deutsche Post: Nach der Privatisierung haben sich nicht nur die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Post-Mitarbeiter*innen verschlechtert: Dienstleistungen werden von Jahr zu Jahr heruntergekürzt und die Preise für Postzustellungen steigen kontinuierlich. Profiteure sind einzig die Anteilseigner*innen der Deutschen Post AG, die Jahr für Jahr hohe Dividenden einstreichen.

Das kann nicht unsere Zukunft sein. Statt weiter den Arbeitsschutz der Kolleg*innen zu verschlechtern, wäre es endlich nötig, vernünftige und vor allem sozialverträgliche Wege zu gehen. Das erfordert unter anderem massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die Entschuldung der Kommunen sowie die Kernbereiche der Wirtschaft und besonders die Gesundheitsversorgung nicht dem privaten Markt zu überlassen. Dafür kämpfen wir. Gerne mit euch gemeinsam.

Karikatur: Aff - ver.di-Bund



Update weil wir die brandaktuellen Entwicklungen der Bundesregierung noch aufnehmen wollen: Aus Sicht der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht das von der Großen Koalition beschlossene Konjunkturprogramm in wesentlichen

Teilen in die richtige Richtung. Überwiegend positiv sind die Entscheidungen zugunsten einer Entlastung der Kommunen. Mit der Übernahme eines großen Teils der Sozialausgaben der Kommunen sowie des Ausgleichs der Einnahmeausfälle bei den Gewerbe-

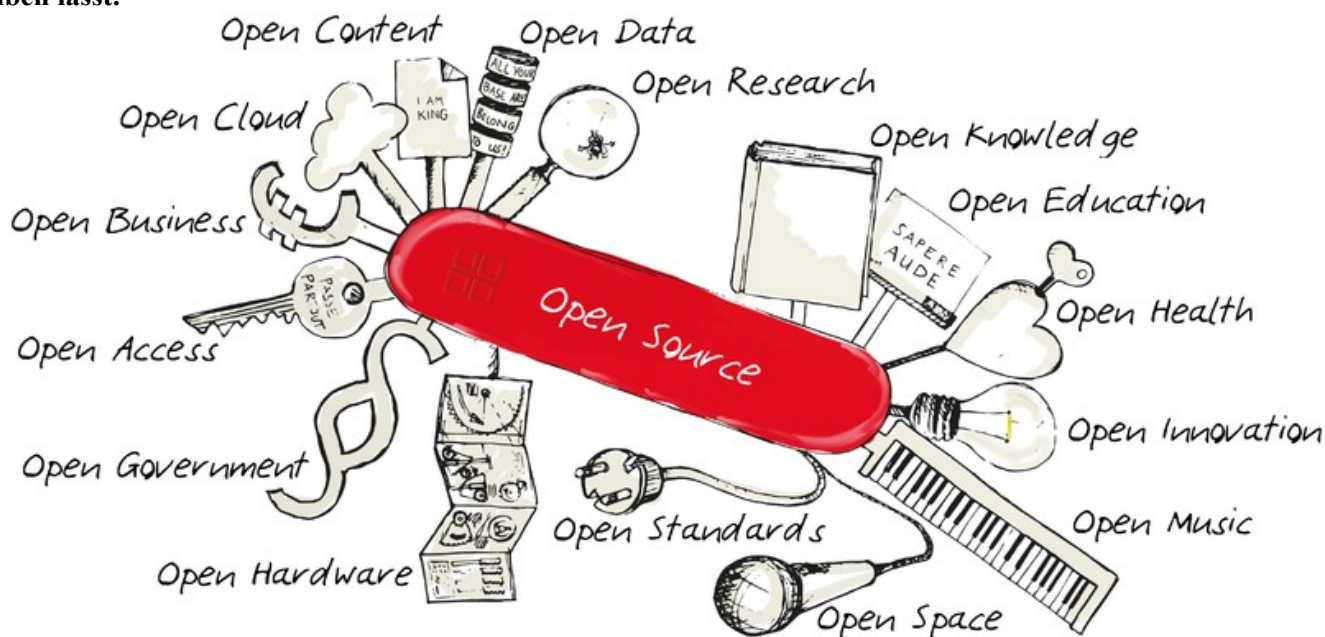
steuern sind Voraussetzungen geschaffen worden, die die Kommunen handlungsfähig bleiben lassen. Die Altschulden-Problematik der Kommunen ist jedoch weiterhin ungelöst und bleibt unbedingt auf der Tagesordnung.

Open Source für ein Zeitalter der Solidarität Handlungsfähig durch Unabhängigkeit – selbstständige Gesellschaft ist und bleibt systemrelevant

Die Corona-Krise macht uns ungewöhnlich deutlich, wie gefährlich die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Lizenzen ist und wie sehr wir als Menschheit die gemeinschaftliche Solidarität brauchen. Hierfür ist das Open-Source-Prinzip ein zentraler Baustein – nicht nur, dass es uns technisch krisenfest macht, sondern auch als Gesellschaft eint und selbstständig bleiben lässt.

In wichtigen Bereichen versperren private Eigentumsrechte vielen Menschen die Teilhabe und den Zugang zu Wissen. Dazu zählen etwa Baupläne für Maschinen, Wissen um Medikamente und die genaue Funktionsweise von Software in Form des Quellcodes. Derartige Informationen, die eine Grundlage für die Herstellung von Gütern darstellen, sind dann nur für einen kleinen, exklusiven Teil der Gesellschaft

(Monopol) verfügbar. Die Monopolinhaber bestimmen über den Zugang sowie die Weiterentwicklung dieses Wissens und lassen sich die Nutzung mittels geschlossener (closed) Lizenzen bezahlen. Häufig entwickelt sich durch diesen Wissensvorsprung eine Abhängigkeit zu den Monopolisten. Das hat zur Folge, dass Menschen ausgegrenzt werden und dadurch eine Gemeinschaft gespalten wird.



Das Open-Source-Prinzip stellt mittels offener (open) Lizenzen den Gegenentwurf dar und bedeutet Zugang für alle, wobei mit „Source“ ebendiese Blaupausen zur Herstellung gemeint sind. Daher ist dieses Prinzip als gemeinwohlorientiertes Rahmenwerk ein zentraler Baustein für eine solidarische und selbstbestimmte Gesellschaft – besonders in Krisenzeiten.

Mit Open-Source-Lösungen können wir angemessen zügig und flexibel auf Situationen reagieren, von denen wir heute noch nicht wissen, dass sie morgen auftreten. So schnell, wie die Corona-Krise unseren Alltag bestimmt hat, müssen wir im öffentli-

chen Dienst auch handeln können. Die Flexibilität, Selbstbestimmtheit und Vertrauenswürdigkeit macht Open Source für die Wahrnehmung der kommunalen Daseinsvorsorge unverzichtbar. Eine handlungsfähige Kommunalverwaltung ist für das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen entscheidend.

Open Source im öffentlichen Dienst bedeutet im ersten Schritt, dass wir unsere technische Infrastruktur selbst steuern. Dazu gehört die Möglichkeit, schnell und flexibel die Telearbeitsplätze für das Home Office all unserer Kolleg*innen einzurichten, um unser aller Gesundheit zu schützen und

gleichzeitig handlungsfähig zu bleiben. Zudem können wir lange Bearbeitungswege verkürzen und die Reaktionszeit der Verwaltung erhöhen.

Bedauerlicherweise dominieren im öffentlichen Dienst häufig Herstellerabhängigkeiten als Folge einer fehlenden Open-Source-Strategie: Wir setzen in unseren Institutionen weitestgehend Systeme ein, die von den jeweiligen privatwirtschaftlichen Herstellern kontrolliert werden. Diese Kontrolle der Hersteller beruht maßgeblich auf deren Verwendung geschlossener Lizenzen, dem Gegensatz der Open-Source-Idee. Der öffentlichen Ver-

waltung, die das Gemeinwohl maßgeblich mitverantwortet, fehlt damit Gestaltungshoheit.

Wie gefährlich dies sein kann, mit welcher dramatischen Konsequenzen, zeigte sich in der Corona-Krise bei der fehlenden medizinischen Ausrüstung in den Krankenhäusern. Wenn aber deren Lizenzen einen notwendigen Nachbau oder eine Veränderung des Produktes zum Schutz von Menschen verhindern oder deren Preis-

und Marktpolitik einen Zugang zum Material nur einigen wenigen ermöglicht, kann dies tödliche Folgen haben.

Gemeinwohlorientiertes Denken und Handeln einer Gesellschaft bietet die größte Option, gestärkt aus einer Krise hervorzutreten. Mit Open Source haben wir eine Basis, um verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens für uns alle zu gestalten, für eine gemeinwohlorientierte Souveränität mit der

Inklusion aller Menschen.

Als Gewerkschaft ver.di fühlen wir uns seit jeher dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir haben schon vor der Krise erkannt, dass das Open-Source-Prinzip in die Grundüberlegungen unserer öffentlichen Infrastruktur gehört – für ein solidarisches Miteinander.

Eine Gesellschaft für alle ist unsere Motivation. Eine Gesellschaft, in der alle systemrelevant sind und bleiben.



Die Kurzlebigkeit der Corona-Alltagshelden:
Die öffentlichen Arbeitgeber zeigen wahres Gesicht

Die Undankbarkeit ist zurück

Die Pandemie ist längst nicht vorbei, und in bestimmten Bereichen wie in Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern herrscht immer noch ein Ausnahmezustand. Grund für uns, den Beginn der Tarifrunde als Ausgleich auf das Frühjahr 2021 legen zu wollen – und mit den öffentlichen Arbeitgebern über das zu sprechen, was bis dahin möglich ist. Ein einseitiges Gespräch. Und respektlos. Nicht mit uns!

Besondere Situationen fordern besonderes Handeln. Der Auftrag der Mitglieder unserer Bundestarifkommission (BTK) war klar: Am 16. Juni 2020 sollten Vertreter des ver.di Bundesvorstands mit den öffentlichen Arbeitgebern sondieren, was wie weit machbar ist. Drei Punkte standen dabei zur Debatte:

- eine Einmalzahlung in Höhe von etwa 1.500 Euro zum Ausgleich für die längere Laufzeit der jetzigen Tarifverträge (statt Kündigung zum frühestmöglichen Termin zu Dezember 2020 oder Januar 2021).
- Verständigung über den Tarifvertrag zur Altersteilzeit (TV-Flex.), der zum Jahresende ausläuft
- eine Anschlussregelung zur Übernahme der Auszubildenden

Die Arbeitgebervertreter verhielten sich wie immer – und zeigten dabei ihr wahres Gesicht: In den typischen Tarifverhandlungsritualen verharrend, teilten sie uns mit, nicht in der Lage zu sein, zu unseren Forderungen etwas sagen zu können, konnten sich aber hingegen durchaus konkret dazu äußern, was nicht geht:



1. In drei Bereichen wird es keine Einmalzahlung geben bzw. nur eine signifikant geringere vorstellbar sein. Das betreffe die

Beschäftigten an den Flughäfen
Beschäftigten der Sparkassen
Beschäftigten im ÖPNV

2. Wohlwissend, dass die Gefahr einer zweiten Infektionswelle groß ist – das aktuelle Beispiel der Fleischfabrik Tönnies macht das auf erschreckende Weise bildhaft –, lehnten die Arbeitgebervertreter einen späteren Beginn der Tarifrunde ab. Damit ist offen und für alle sichtbar geworden, wie viel den kommunalen Arbeitgebern die Leistung der Beschäftigten gerade in dieser Krise tatsächlich wert ist: Nichts. Sie sind nur noch lästige Kostenträger. Diese Sichtweise ist schlicht respektlos.

Das Heldenepos ist also zu Ende – Applaus, Lob und Wertschätzung waren gestern. Haben da ja auch nicht gekostet. Folglich hat die BTK die Kündigung der Entgelttabellen zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) sowie weiterer verbundener Tarifverträge zum 31. August 2020 beschlossen. Damit sind die Weichen für Tarifverhandlungen im Herbst gestellt. Die konkreten Forderungen für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen wird die BTK auf ihrer Sitzung am 25. August 2020 beschließen. Die erste Verhandlungsrunde zum TVÖD findet am 1. September in Potsdam statt.



Frank Werneke
ver.di-Vorsitzender

Die kommunalen Arbeitgeber lassen Respekt und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten vermissen. Gestern wurde noch applaudiert, jetzt sind die Beschäftigten nur noch lästige Kostenträger. Wir werden jetzt angemessene Forderungen diskutieren, in die die Wertschätzung, die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes in der Corona-Krise und die volkswirtschaftliche Bedeutung einfließen werden. Wir streben eine Reallohnsteigerung an.

Foto: ver.di – Bund

Und was bedeutet diese Situation für uns Beschäftigte bei der Stadtverwaltung Dortmund?
Ab sofort gilt es, zu diskutieren, wie eine angemessene Forderung aussehen kann. Dabei muss es uns darum gehen, dass wir endlich eine grundsätzliche Wertschätzung für unsere wichtige Rolle im öffentlichen Dienst bekommen, nicht nur im Besonderen wie in Zeiten der Corona-Krise. Natürlich muss auch die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Tarifrunde – mit dem Ziel, höhere Einkommen zu vereinbaren – mit einfließen: Binnen- nachfrage erhöhen und Kaufkraft stär-

ken ist aktive Konjunkturpolitik. Deswegen muss es in jedem Fall um Reallohnsteigerungen gehen. In allen und für alle Bereichen des öffentlichen Dienstes. Das Spalten der Beschäftigten war gestern. Die nächsten Tage und Wochen werden wir Mitglieder Diskussionen organisieren, um neben den Forderungen unsere Streikstrategie festzulegen. Denn die Haltung der kommunalen Arbeitgeber hat gezeigt: Sie werden uns nichts schenken. Deswegen werden wir ihnen zeigen, wie es geht: Gemeinsam. Solidarisch. Kämpferisch.



Tarifrunde öffentlicher Dienst 2020

Tarifbewegung 2020 – gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst!

Foto: ver.di – Bund



Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

ver di

Vertragsdaten

Titel	Vorname	Name	Ich möchte Mitglied werden ab
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	0 1 2 0
Straße	Hausnummer		Geburtsdatum
<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>
Land/PLZ	Wohnort		
<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Telefon	E-Mail		
<input type="text"/>	<input type="text"/>		

Beschäftigungsdaten

Angestellte*r Beamter*in erwerbslos
 Arbeiter*in Selbständige*r

Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in Praktikant*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen) Dual Studierende*r
 Sonstiges bis:

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst

 €

Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsahre o. Lebensalterstufe

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer

PLZ Beschäftigungsort

Branche

Monatsbeitrag

 €

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in

Mitgliedsnummer

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Titel/Vorname/Name (nur wenn Kontoinhaber*in abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Ort, Datum und Unterschrift



Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift



¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen